

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 103 (2023)

Heft: 1110

Rubrik: Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARKT UND MONETEN

Kreative Zerstörung macht reich

Die EU hat 450 Millionen Einwohner, die USA deren 350. Die zehn grössten Unternehmen der EU sind etwa 2500 Milliarden Dollar wert, jene der USA fünfmal mehr. In der EU gehören Hersteller von Luxusgütern, Finanzdienstleister und Automobilproduzenten zu den grössten Firmen. In den USA sind es viele relativ junge Technologieunternehmen.

Produktivitätswachstum und Wohlstand entstehen nur in freien Märkten, in denen dynamische, meist junge Firmen mit kreativen Technologien die langsamen alten verdrängen. Dieser Prozess, für den der Ökonom Joseph Schumpeter den Begriff der «kreativen Zerstörung» geprägt hat, wirkt in den USA deutlich stärker als in der EU: Es werden relativ mehr Unternehmen gegründet, und es gehen mehr unter. In der EU sind die Wachstumsraten der Firmen durchschnittlich, in den USA dagegen steigen sie in den Olymp auf oder kämpfen gegen ihren Untergang.

Gerade in Krisen zeigt sich, dass die kreative Zerstörung in der EU viel weniger greift als in den USA: Im Pandemiejahr 2020 wurde die EU-Wirtschaft mit staatlichen Massnahmen quasi eingefroren; Firmengründungen und Konkurse gingen auf ein rekordtieferes Niveau zurück. In den USA hingegen lagen die Konkurse etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die Unternehmensgründungen schnellten sogar um 25 Prozent nach oben. Diese Dynamik wirkt sich auf den Pro-Kopf-Konsum aus: In den letzten 15 Jahren ist dieser in Dollar gerechnet in der EU nominal um 3 Prozent gewachsen, in den USA aber um 57 Prozent. Den Einwohnern der EU geht es heute im Schnitt so gut wie den Bewohnern des ärmsten Gliedstaats der USA, Mississippi.

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren eher wie die EU entwickelt. Dafür verantwortlich dürfte das hohe Staatswachstum sein und – leider auch hierzulande – die Behinderung der kreativen Zerstörung. Statt auf Subventionen zu setzen und sich an die EU anzulehnen, sollte die Schweiz ihre Firmen von Steuern befreien und weltoffen bleiben. Nur das schafft nachhaltig Wohlstand.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

Grundrechte predigen und Blut trinken

Ein Sturm der Entrüstung ging um die Welt, nachdem 2018 aufgeflogen war, dass das saudische Regime den Dissidenten Jamal Khashoggi in Istanbul blutrünstig ermordet hatte. Kronprinz Mohammed bin Salman, der den Mord wohl angeordnet hatte oder zumindest informiert war, wurde von der internationalen Gemeinschaft geächtet und von Konferenzen ausgeladen. Staatsbesuche wurden abgesagt.

Heute, fünf Jahre später, scheint es, als ob der Mord nie geschehen wäre. MBS ist respektiertes Mitglied des internationalen Kreises der Mächtigen. Westliche Staaten nehmen sein Öl mit Handkuss und liefern ihm gerne Waffen. Die Schweiz verkaufte vergangenes Jahr Kriegsmaterial für über 100 Millionen Franken an Saudi-Arabien, das im Jemen in einen blutigen Krieg verwickelt ist.

Es ist nicht so, dass westlichen Regierungen Menschenrechte egal wären (mit Aung San Suu Kyi oder Alexei Nawalny solidarisierte man sich schliesslich auch gerne). Oder dass sie besondere Sympathien für durchgeknallte Diktatoren hätten. Doch solche Überlegungen sind zweitrangig, wenn es darum geht, eine günstige Energieversorgung für das eigene Land sicherzustellen oder lukrative Absatzmärkte für die Exportwirtschaft zu erschliessen. Es muss schon einiges passieren, bis sie sich von einem Tyrannen lossagen. Dass westliche Demokratien Saudi-Arabien (wieder) als akzeptablen wirtschaftlichen und politischen Partner betrachten, liegt nicht zuletzt daran, dass sie als Reaktion auf den Ukrainekrieg Alternativen zu Russland suchen mussten.

Kronprinz Mohammed wusste das natürlich. Und Scheich Tamim bin Hamad Al Thani im Nachbarland Katar weiss es auch; jüngst konnte er mit Deutschland einen Liefervertrag für zwei Millionen Tonnen Flüssiggas abschliessen. Autokraten sind nicht irrational; sie sind sich im Klaren, wie viele Oppositionelle sie umbringen oder wie viele Homosexuelle sie verurteilen können, ohne einschneidende Konsequenzen befürchten zu müssen.

Mit dem Aufstieg Chinas zum globalen Player haben die Diktatoren ein zusätzliches Druckmittel, sieht Peking doch wesentlich grosszügiger über Greuelaten hinweg. Die chinesische Konkurrenz macht westliche Regierungen noch kleinlauter, wenn es um handfeste Interessen geht.



Lukas Leuzinger

iststellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.